
Was ändert sich, wenn statt alte Männer junge Frauen Politik machen?

Die Republik hat drei Politikerinnen des wohl weiblichsten Parlaments der Welt vier Jahre lang begleitet. Bevor der Berner Stadtrat am Sonntag neu gewählt wird, erzählen sie von Höhen und Tiefen im Amt: von Frauensolidarität, Arbeit bis zur Erschöpfung und ihrem Umgang mit SVP-Rüpel Erich Hess.

Von [Dennis Bühler](#) (Text) und Anne Gabriel-Jürgens (Bilder), 22.11.2024



Florence Pärli, Yasmin Abdullahi und Valentina Achermann (von links).

Valentina Achermann steht dem Stadtrat seit Anfang Jahr vor und ist damit höchste Bernerin. Sie empfing kürzlich gemeinsam mit Bundespräsidentin Viola Amherd den tschechischen Präsidenten zum Staatsbesuch.

Florence Pärli wird laut Umfragen am Sonntag in den Gemeinderat gewählt, wie in Bern die Regierung heisst (während das Parlament Stadtrat genannt wird).

Und Yasmin Abdullahi zieht sich per Ende Jahr zwar vorübergehend aus der Politik zurück, weil sie eine Zeit lang mit dem Gedanken spielte, im Ausland ein Doktorat in Angriff zu nehmen. Doch sie plant bereits ihr Comeback bei den Wahlen 2028.

Als die Legislatur Anfang 2021 startete, deutete noch wenig auf den steilen Aufstieg der drei jungen Frauen hin. Bei zweien von ihnen war es im Grunde ein Unfall, dass sie überhaupt ins städtische Parlament gewählt worden waren, hatten sie sich doch absichtlich auf vermeintlich aussichtslose Listenplätze setzen lassen. Nur Achermann betonte damals selbstbewusst: «Ich wollte – darf man das denn überhaupt laut sagen? – unbedingt gewählt werden! Entsprechend stark habe ich mich im Wahlkampf engagiert.»

Neben Abdullahi, Achermann und Pärli wurden im November 2020 weitere 52 Politikerinnen in den 80-köpfigen Stadtrat gewählt, der Frauenanteil erhöhte sich damit von 47,5 Prozent bei den Wahlen 2016 auf rekordhohe 69 Prozent. «Bern, Hauptstadt des Feminismus», titelte der «Bund», und die «NZZ am Sonntag» liess einen Reporter ergründen, «wie sich das für die Männer anfühlt und warum sogar manchen Frauen *gschmuck* dabei ist». In Kommentarspalten forderten nicht wenige Leser eine Männerquote, manche spasseshalber, andere mit fast schon heiligem Furor.

Es dürfte noch kaum einmal ein Parlament gegeben haben, in dem Frauen derart krass in der Überzahl waren wie zu Legislaturbeginn in der Stadt Bern; eine annähernd vergleichbare Geschlechterverteilung kennt, jedenfalls auf nationaler Ebene, bloss der ostafrikanische Kleinstaat Ruanda, wo – eine Folge des Völkermords in den Neunzigerjahren – seit 2008 stets zwischen 61 und 64 Prozent der Abgeordneten weiblich sind.

Fast so bemerkenswert wie der Frauenanteil war bei den Berner Wahlen die Verjüngung: Das Durchschnittsalter betrug 39,7 Jahre, sechs Jahre weniger als bei dem im Jahr 2000 gewählten Stadtrat. Eine Differenz, die «immerhin der aufsummierten Lebenserfahrung von knapp einem halben Jahrtausend entspricht», wie der «Bund» damals vorrechnete.

Nach der spektakulären Wahl stellte sich die Republik die Frage, ob sich Politik verändert, wenn nicht alte Männer, sondern junge Frauen die Mehrheit eines Parlaments bilden. Liegt der Fokus auf anderen Themen? Arbeiten Politikerinnen konstruktiver und öfter über Fraktionsgrenzen hinweg zusammen? Löst die Suche nach Konsens die ständige Konfrontation ab?

Wir entschlossen uns zu einem Langzeitprojekt und begleiteten drei neu gewählte Stadträtinnen durch die Legislatur:

- Yasmin Abdullahi, Junge Grünliberale. Zum Zeitpunkt der Wahl war sie 22-jährig und Bachelorstudentin der Volkswirtschaft an der Universität Bern. Heute, vier Jahre später, schreibt sie an ihrer Masterarbeit.
- Valentina Achermann, SP. Damals war sie 26-jährig und Psychologie-Masterstudentin an der Universität Bern. Inzwischen ist sie als Psychologin für Kinder und Jugendliche im Ambulatorium für Folter- und Kriegesopfer des Schweizerischen Roten Kreuzes tätig.
- Florence Pärli, Jungfreisinn. Bei ihrer Wahl war sie 30-jährig und als Steuerrechtsexpertin beim Kanton Aargau angestellt. Heute arbeitet sie in ähnlicher Funktion im Rechtsdienst der Steuerverwaltung des Kantons Solothurn.

In den vergangenen vier Jahren traf die Republik die drei Frauen mehrfach zu ausführlichen Gesprächen. Zudem beantworteten sie alle paar Monate einen Fragenkatalog: Achermann jeweils mündlich via Sprachnachricht, Pärli meist schriftlich in langen «Tagebuch»-Einträgen. Abdullahi antwortete mal mündlich, mal schriftlich und fasste sich stets deutlich kürzer als ihre beiden älteren Ratskolleginnen.

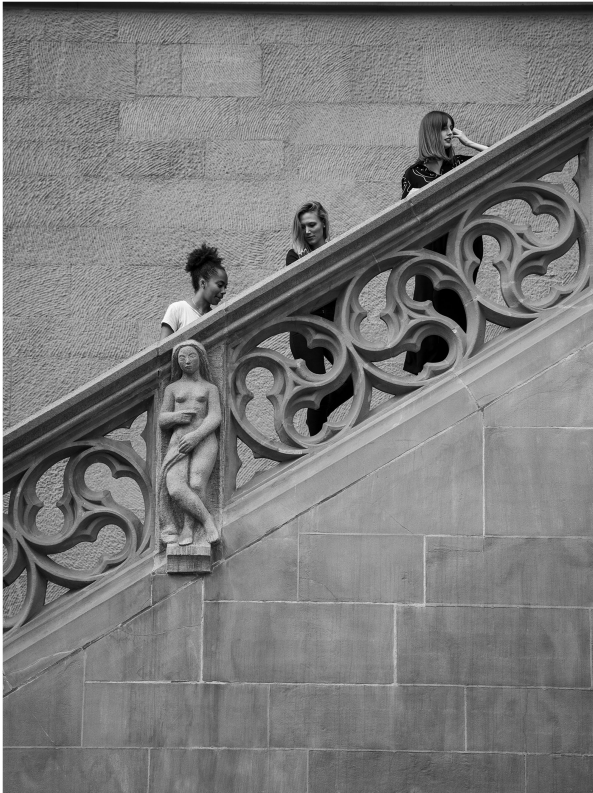
«Ich vermute, dass sich Frauen besser zuhören»

Zur ersten Stadtratssitzung der Legislatur trifft sich das Parlament am 21. Januar 2021 nicht im schmucken Rathaus in der Berner Altstadt, sondern in einer karg-kühlen Festhalle des Expo-Geländes in der Nähe der Autobahnausfahrt Wankdorf. Die Pandemie hält die Schweiz in Schach. Der Bundesrat hat soeben eine Homeoffice-Pflicht verkündet und Menschenansammlungen im öffentlichen Raum auf 5 Personen beschränkt.

«Dr Stadtrat isch meh aus dr nüechtern Parlamentsbetrieb», sagt die damalige Stadtratspräsidentin in ihrer Rede, mit der sie die 20 neu gewählten Volksvertreterinnen im Amt begrüsst, die in der weitläufigen Festhalle jeweils mindestens zwei Meter von ihren Nachbarinnen entfernt sitzen. «Stadtrat bedütet o äs gsellschaftlechs Läbe. Göht ufenang zue – im Moment halt mit Abstand u Maske.»

Während der Sitzungspause posieren einige linke und grüne Frauen gemeinsam für Fotos, die Hände zu Fäusten geballt. Zwar beteiligt sich die FDP-Fraktion, die in dieser Legislatur aus sieben Frauen und einem Mann besteht, nicht an den Frauenpower-Gesten. Doch auch Florence Pärli wäre zum Jubeln zumute. «Dass 50 Jahre nach der Einführung des Frauenstimmrechts endlich mal mehr Frauen als Männer in einem Schweizer Parlament sitzen, muss gefeiert werden», findet sie. «Ich hoffe, dass das nach Corona gebührend nachgeholt wird.»

Die ersten Sachfragen, über die der neu zusammengesetzte Stadtrat entscheidet, muten weniger historisch an. Es geht unter anderem um einen Nachkredit über 490'000 Franken, um in der Überbauung Schönberg Ost das Schmutzabwasser in den Griff zu kriegen, und um die Verlängerung des Leistungsvertrags mit dem Verein Berner Feriensportlager.



Schritt für Schritt ins Machtzentrum: Auf der Rathaus-Treppe.

Yasmin Abdullahi, Valentina Achermann und Florence Pärli interessieren sich – jedenfalls zu Beginn ihrer politischen Tätigkeit – eher für grössere Themen. Abdullahi will etwas gegen die Polarisierung und den Klimawandel unternehmen. Achermann setzt sich für soziale Gerechtigkeit und für mehr Unterstützung von psychisch Kranken ein. Und Pärli will verhindern, dass sich die Stadt Bern noch stärker verschuldet als ohnehin schon.

Auf Einladung der Republik haben sich die drei jungen Frauen, die sich zuvor nicht gekannt hatten, drei Tage vor der ersten Stadtratssitzung erstmals getroffen. Trotz unterschiedlicher Parteizugehörigkeit: In Stilfragen sind sie sich einig. «Eine respektvolle Diskussionskultur ist mir sehr wich-

tig», betont Abdullahi. Und Pärli sagt: «Es scheint mir realistisch, dass wir sachlicher politisieren werden, als es unsere Vorgänger in der letzten Legislatur getan haben. Denn ich vermute, dass sich Frauen besser zuhören.» Nur Achermann bremst: «Vermutlich schwingt da eine Portion Naivität mit: Wir sind bestimmt nicht die erste Generation, die sich vornimmt, anständig zu bleiben. Ab und an werden auch bei uns die Fetzen fliegen.»

Wie weist man Erich Hess in die Schranken?

Eineinhalb Monate später geht es im Berner Stadtrat erstmals hoch her. Schuld daran trägt allerdings keine neu gewählte Frau, sondern Erich Hess, einer der schweizweit umstrittensten SVP-Politiker. Hess ist zu jener Zeit sowohl National- als auch Stadtrat. Und er stört sich gewaltig daran, dass an jenem Abend erstmals überhaupt eine sogenannte Partizipationsmotion verhandelt wird – ein Instrument, das es Zugewanderten ohne Stimm- und Wahlrecht in der Stadt Bern seit einigen Jahren erlaubt, ihre Anliegen einzubringen, sofern sie 200 Unterschriften sammeln.

Inhaltlich geht es bei der Motion um die Forderung, von Angestellten der Berner Verkehrsbetriebe künftig weniger gute Deutschkenntnisse zu verlangen. Hess aber geht es um Polemik. Die Frau, die die Motion im Stadtrat vertritt, sei eine Marionette der Gewerkschaften und der Linken, schimpft er und stört ihre Rede immer wieder mit Zwischenrufen.

Es ist eine erste Probe für das weiblich dominierte Parlament. Soll man einem unflätigen Politiker Paroli bieten oder ihn besser ignorieren? Abdullahi, Achermann und Pärli entscheiden sich wie viele Ratskolleginnen, den Saal aus Protest zu verlassen.

«Meine erste, körperliche Reaktion auf Diskriminierungen ist immer dieselbe», sagt Achermann einige Wochen später zur Republik: «Ich werde derart wütend, dass meine Hände zu zittern beginnen.» Bis zu ihrer Wahl in den Stadtrat sei es für sie immer klar gewesen, dass man jemanden für so ein Verhalten in die Schranken weisen müsse. «Doch nun stand ich hilflos da: Hess' einziges Ziel war es, möglichst grossen Aufruhr zu erzeugen – sollte ich ihm diesen Gefallen wirklich erweisen?» Die Situation und ihr Gefühl der Überforderung hätten sie noch tagelang belastet. In der Folge habe sich die SP-Fraktion auf ein einheitliches Vorgehen geeinigt: Seither werde vor der Diskussion umstrittener Traktanden – etwa Asylthemen – eine Person bestimmt, die sich gezielt vorbereitet, um bei Bedarf am Mikrofon inhaltlich zu kontern.

«Mich hat Hess' Verhalten völlig überrascht», schreibt Florence Pärli. «Ich konnte mir vor dieser Debatte nicht vorstellen, dass Politiker am Rednerpult derart böse sprechen. Man mag meine Geste für undemokratisch halten, schliesslich soll in einem Parlament jede und jeder vorsprechen dürfen. Aber Hess' Verhalten war unserer demokratischen Regeln nicht würdig, zumal es meinem Empfinden nach von Fremdenhass motiviert war. Deshalb habe ich mir erlaubt, ihm meine Aufmerksamkeit zu entziehen.»

Vereint im Kampf gegen sexualisierte Gewalt

Kooperativer als Erich Hess verhalten sich die neu gewählten jungen Frauen: Erst wenige Wochen im Amt, lädt Valentina Achermann je eine Parlamentarierin aus fünf anderen Fraktionen zu einem Brainstorming ein. Auch Abdullahi und Pärli sind beim Zoom-Call dabei (noch immer lässt die Pandemie keine privaten Treffen zu). Einzig die Mitte und die SVP sind aus-

sen vor, weil es in diesen Parteien keine neu gewählte respektive gar keine Frau gibt.

Finden die sechs Neo-Politikerinnen ein Thema, zu dem sie sich einen gemeinsamen Vorstoss vorstellen könnten? Bald steht fest: Alle sechs Frauen im Alter von 22 bis 33 Jahren haben schon sexualisierte Gewalt im öffentlichen Raum erlebt.



Valentina Achermann: «Ich habe die gesamte Wohnstrategie durchgeackert für ein paar Sätze.»

Und so verteilen sie Aufgaben: Achermann klärt mit der Verwaltung ab, worauf bei der Formulierung eines Vorstosses geachtet werden muss. Zwei Mitstreiterinnen nehmen Kontakt auf mit Frauenhäusern und Expertinnen. Und Pärli erhält den Auftrag, bei der FDP zu sondieren, ob diese eine Sensibilisierungs- und Präventionskampagne gutheissen würde, auch wenn sie etwas kostet.

Anfang Mai treffen sich die sechs Frauen bei Pärli zu Hause, um den Vorstoss zu formulieren. «Trotz des ernsten Themas wurde es ein enorm lustiger, mutmachender Abend», erzählt Achermann einige Tage später. «Nicht nur, weil wir Prosecco tranken, sondern vor allem, weil wir uns angesichts unserer ähnlichen Erfahrungen mit sexualisierter Gewalt über Parteigrenzen hinweg bestens verstanden. Niemand musste sich erklären.»

An der letzten Stadtratssitzung vor den Sommerferien 2021 ist es so weit: Achermann und Co. reichen ihre gemeinsame Motion ein, mit der sie unter anderem die Einführung eines Meldetools verlangen, wie man es in anderen Schweizer Städten bereits kennt. Vorfälle von sexualisierter Gewalt sollen fortan online und ohne grossen Aufwand gemeldet werden können. Weil die Motion für dringlich erklärt wird, stimmt der Stadtrat schon wenige Monate später darüber ab. «61 Ja, 6 Nein, 1 Enthaltig. ☒ Es isch soooo guet gsi», schreibt Achermann der Republik am Abend des 21. Oktober 2021 auf dem Nachhauseweg. Mehrere Frauen hätten sehr persönliche Erlebnisse geschildert, sie habe fast während der gesamten Debatte Tränen in den Augen gehabt. Und sogar der Fraktionschef der SVP habe das Anliegen unterstützt und sich sehr einfühlsam geäussert. «Es war eine sehr schöne, respektvolle Stimmung. So sollte es immer sein.»

Eineinhalb Jahre später wird Stadtpräsident Alec von Graffenried die Kampagne «Bern schaut hin» inklusive anonymem Online-Meldetool lancieren. Und das neue Instrument entspricht offenkundig einem Bedürfnis: Von April 2023 bis April 2024 gehen rund 750 Meldungen ein.

Konsensorientierte Frauen, wettbewerbsorientierte Männer

Verändert sich der Parlamentsbetrieb, wenn nicht wie üblich ältere Männer, sondern junge Frauen die Mehrheit bilden? Die erfolgreiche überparteiliche Motion ist ein erster Beleg dafür, dass eine höhere Repräsentation durchaus zu konkreten Änderungen führen kann.

Verschiedene wissenschaftliche Untersuchungen der letzten Jahrzehnte legen nahe, dass nicht einmal eine Mehrheit nötig ist, sondern dass eine kritische Masse von etwa 30 Prozent weiblicher Parlamentsmitglieder genügt, um frauenspezifische Anliegen zu stärken und parteiübergreifende Zusammenarbeit zu begünstigen.

Darauf weist Mirjam Roder hin, die sich aus zwei Gründen vorzüglich als Expertin eignet: Einerseits forscht sie an der Universität Bern zur Thematik, andererseits sitzt sie für die Grüne Freie Liste selbst im Berner Stadtrat. In ihrer Masterarbeit untersucht die 29-Jährige derzeit empirisch, ob die Frauenmehrheit der letzten vier Jahre Inhalte, Anzahl und Annahmewahrscheinlichkeit der parlamentarischen Vorstösse beeinflusst hat. Dazu vergleicht sie die aktuelle Legislatur mit den Legislaturperioden 2009 bis 2012, als eine Männermehrheit dominierte, und 2017 bis 2020, als der Stadtrat mehr oder weniger paritätisch zusammengesetzt war. Noch läuft die Datenerhebung, weil am 5. Dezember eine letzte Stadtratssitzung stattfindet, entsprechend kann Roder noch keine Ergebnisse präsentieren. Den Forschungsstand aber kennt sie bestens.

In mehreren Studien sei festgestellt worden, dass Parlamentarierinnen kollaborativer und konsensorientierter politisierten als ihre männlichen Kollegen, sagt Roder. «Parlamentarier agieren häufiger wettbewerbsorientiert und neigen dazu, allein zu handeln.» Die wertschätzende Kultur unter den Stadträtinnen habe sie in den letzten vier Jahren selbst erlebt. «Es war nicht ungewöhnlich, dass Frauen sich nach einem gelungenen Votum gegenseitig Komplimente machten, auch fraktionsübergreifend.»

Interessant ist, dass Männer in Parlamenten für gewöhnlich nicht nur in der Mehrheit sind – die bekannteste Schweizer Ausnahme neben dem Berner Stadtrat ist der Neuenburger Grosse Rat –, sondern dass der durchschnittliche Politiker auch viel mehr Redezeit für sich in Anspruch nimmt

als die durchschnittliche Politikerin. Das gilt für den Zürcher Kantonsrat, den Zürcher Gemeinderat und mindestens von 2016 bis 2018 für den Nationalrat. Und es ist auch im weiblich dominierten Berner Stadtrat nicht anders, wie eine aktuelle Analyse des Onlinemagazins «Hauptstadt» zeigt.

Yasmin Abdullahi überrascht das nicht. «Grundsätzlich waren es eher Männer, die auffällig oft und viel gesprochen haben», sagt sie. «Ihnen werden viel schneller Kompetenzen zugesprochen – dieser Bias ist in unserer Gesellschaft leider nach wie vor tief verankert. Frauen müssen viel stärker beweisen, dass sie wirklich etwas zu sagen haben.» Umso wichtiger sei es, dass sich Politikerinnen untereinander solidarisch verhielten.

Frauensolidarität und linke Vorurteile

Zurück zu den Geschäften im Berner Stadtparlament: Dort spielt die Frauensolidarität Anfang der Legislatur, als Pärli einen unerwarteten Angriff der SVP abzuwehren hat: Traditionell stellt die FDP eines der drei Mitglieder, die von der Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt in die Finanzdelegation beordert werden – in jenes Gremium, das für die Überprüfung und Überwachung des städtischen Haushaltes zuständig ist. Nun aber tritt ein SVP-Stadtrat zur Kampfwahl an.

«Im Vorfeld sprachen mir gefühlt alle meine – linken! – Kommissionskolleginnen Mut zu», erinnert sich Pärli nach gewonnener Wahl. «*«Muesch de grad härestah!*», sagten sie mir, *«Setz di düre!*» oder *«Säg eifach, was du chasch – du bisch längschtens gnueg kompetänt.»* Dieses gute Zureden sei nicht erfolgt, weil sie gegen einen SVP-Kandidaten angetreten sei. «Die Frauen hatten antizipiert, welche persönlichen Angriffe auf mich zukommen würden, weil sie das aus der Vergangenheit bereits kannten. Sie wollten eine Schutzmauer um mich herum bauen.»

Nicht immer aber geht es so einmütig zu. Bei harten Auseinandersetzungen tritt die Frauensolidarität schnell hinter parteipolitischen Interessen zurück: etwa während der Budgetberatung, bei der sich Pärli Jahr für Jahr fast bei allen Posten vergeblich für Sparmassnahmen ausspricht.



Yasmin Abdullahi: «Es gibt Wochen, da habe ich jeden Tag mindestens einen politischen Anlass.»

Manchmal spüre sie, wie linke Ratskolleginnen und -kollegen ihr mit Vorurteilen begegnen, schreibt Pärli der Republik im März 2021. Man werfe ihr vor, sie denke nur ans Sparen, damit mehr in der eigenen Tasche verbleibe, oder unterstelle ihr, keine Lebenserfahrung zu haben oder «*ä riichs Meitschi*» zu sein, weil sie im noblen Stadtquartier Kirchenfeld aufgewachsen sei. Sie erkläre dann jeweils, dass sie Unnötiges einsparen wolle, weil der Staat sonst wegen Geldmangel in wenigen Jahren womöglich seinen Grundaufgaben nicht mehr nachkommen könne. «Und ich erwähne öfter, als ich will, dass auch ich früher eine leidenschaftliche *«Sozi»* war und erst durch mein Studium und meine Arbeit gelernt habe, dass sozialistische Politik nie aufgehen wird und erst recht Ungleichheit fördert.»

Die politische Linke dominiert in der Stadt Bern fast seit Pärli's Geburt beinahe nach Belieben: Im Dezember 1992 erlangte die aus SP, Grünem Bündnis (sehr weit links) und Grüner Freier Liste (etwas weniger weit links) bestehende Drei-Parteien-Allianz Rot-Grün-Mitte (RGM) die Mehrheit in der Regierung, seit 2016 hat sie sogar vier von fünf Sitzen inne. Auch im Stadtrat kann RGM im Alleingang Beschlüsse fällen. Und glaubt man der bürgerlichen Opposition, tut das die Allianz sehr regelmässig.

Ideologie sei im städtischen Parlament oft entscheidend, bedauert Pärli. «Wenn ich tage- oder sogar wochenlang recherchiere und Lösungen vorschlage, diese dann aber mit einfachen und nicht ganzheitlich überlegten Argumenten abgekanzelt werden, ist das sehr anstrengend.» Nicht zuletzt, weil sie – wie sie während der gesamten Legislatur immer wieder betont – feinfühlig und harmoniebedürftig sei und es möglichst allen recht machen wolle.

Politisiert wurde Pärli am «sehr linken» Gymnasium Muristalden; seither könne sie die «Internationale» singen. In ihrem Elternhaus hingegen sei kaum über Politik oder gar über Gleichstellungsanliegen gesprochen worden, obwohl sich ihre Mutter, eine Ärztin, einst nicht habe auf Hand-

chirurgie spezialisieren können, weil sie mit ihr schwanger geworden war. Noch immer habe die Familie ein zwiespältiges Verhältnis zur Politik: So führte die jüngere Schwester noch im ersten Stadtratsjahr einen Buzzer ein, den sie bei Familiengesprächen betätigte, wann immer die Parlamentarierin länger als zehn Minuten über ihr Amt sprach. Es gibt ihn noch heute.

Falls Pärli am Sonntag in die Regierung einzieht, wird Politik noch viel mehr zum alles bestimmenden Thema: Schliesslich würde die 34-Jährige dann zur Berufspolitikerin. «Ich hätte mir vor vier Jahren nicht vorstellen können, dass ich 2024 für den Gemeinderat kandidieren würde», sagt sie vergangene Woche beim letzten Gespräch mit der Republik. Mit der Zeit aber sei ihr Ehrgeiz, die Stadt «zukunftsfähiger» zu machen, immer weiter gewachsen. Und doch: «Als ich Ende Dezember 2023 von einer Parteikollegin angefragt wurde, ob ich kandidieren wolle, antwortete ich sogleich: auf keinen Fall.»

Nach zwei Wochen Bedenkzeit aber hat sich Pärli umentschieden. Sie wollte sich nicht drücken, wenn schon mal die Chance besteht, die linke Dominanz zu durchbrechen. «Es dauerte eine Weile, doch seit Anfang Sommer fühlt sich mein Entscheid nun auch total richtig an.» Sie wisse inzwischen nicht nur, dass sie das Amt sehr gerne ausüben würde, sondern sei auch überzeugt, dass sie imstande wäre, es gut zu machen. Auch wenn sie jetzt, am Ende dieses kräfteaubenden Wahlkampfes, vor allem eines sei: sehr müde.

Stundenlange Recherchen für ein zweiminütiges Votum

Die Arbeitsbelastung als Stadträtinnen bringt die drei Protagonistinnen dieses Beitrags vor allem zu Legislaturbeginn an den Rand ihrer Kräfte. «Es gibt Wochen, da habe ich jeden Tag mindestens einen politischen Anlass», sagt Yasmin Abdullahi im August 2021. Vor den Sommerferien habe sich die Situation zugespitzt: sehr viele Stadtrats- und Fraktionssitzungen, etliche Prüfungen und Deadlines an der Universität sowie haufenweise Arbeit bei der Versicherung, bei der sie zu jener Zeit in einem Teilzeitpensum als Sachbearbeiterin tätig ist. «Ich war während Wochen am Anschlag.»

Bei Pärli leidet vorübergehend sogar die Beziehung. «Ich arbeite wie gestört», schreibt sie im Frühling 2021. Selbst sei sie das gewohnt, weil sie schon während des Studiums nebenher 60 bis 80 Prozent in einer Grosskanzlei gearbeitet habe. Ihr Freund aber habe Mühe mit ihrem Pensum und fordere mehr «Pärli-Zeit» ein, obwohl er Arzt sei und sie seine Überstunden und Wochenendarbeit nie infrage gestellt habe. «Wir sind nicht in einer Krise, aber es scheint, dass wir unseren neuen Rhythmus noch finden müssen.» Das gelingt glücklicherweise bestens – im September 2023 wird Hochzeit gefeiert.

Wie bei Pärli ist es auch bei Achermann vor allem die perfektionistische Veranlagung, die ihr enorm viel Arbeit beschert. «Ich halte heute Abend ein zwei- oder dreiminütiges Votum», teilt die SP-Politikerin im März 2021 via Sprachnachricht mit, während sie zu einer Sitzung des Stadtrats spaziert. «Aber ich habe stundenlang dafür recherchiert, also wirklich: etwa zehn Stunden! Ich habe die gesamte Wohnstrategie durchgeackert für ein paar Sätze.» Sie müsse dringend lernen, dass für ein kurzes Votum am Rednerpult keine Hintergrundrecherche zu den Entwicklungen der letzten zehn Jahre notwendig sei.



Nächste Station Regierungsbank: Florence Pärli hat gute Aussichten auf einen Sitz im Gemeinderat.



Und vielleicht schafft es ja eine der jungen Frauen einst ins Bundeshaus.

Die grosse Arbeitsbelastung veranlasst viele Stadträtinnen zum vorzeitigen Rücktritt. Weil oft Männer nachrücken, die bei den Wahlen im November 2020 auf Ersatzplätze verwiesen wurden, reduziert sich der Frauenanteil bis zum Ende der Legislatur um mehr als 10 Prozentpunkte auf 57,5-Prozent. In ihren Rücktrittsschreiben weisen viele Frauen auf die schwierige Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Parlamentsmandat hin. Deshalb führt Achermann im Frühling 2024 als Stadtratspräsidentin gemeinsam mit dem Ratssekretariat eine Umfrage durch. Das Ergebnis: 87 Prozent der Parlamentsmitglieder finden es herausfordernd, das Amt mit dem Beruf oder der Ausbildung zu vereinbaren, 77 Prozent haben Mühe, ihren privaten Verpflichtungen nachzukommen.

Besonders schwierig scheint die Situation für Mütter kleiner Kinder zu sein: Mehrere Stadträtinnen erklären mit dieser Doppelbelastung ihr Ausscheiden während der Legislatur. Eine vor wenigen Wochen veröffentlichte Studie dreier Schweizer Politikwissenschaftlerinnen bestätigt den Befund für Nationalrätinnen der Jahre 2011 bis 2020: Im Gegensatz zu den Vätern im Rat gelinge es Müttern seltener, in höhere Positionen wie etwa ein Kommissionspräsidium zu kommen.

Bei Achermanns Umfrage sprachen sich fast alle Stadträtinnen und Stadträte für die Möglichkeit aus, sich vorübergehend von jemand anderem ersetzen zu lassen. Und tatsächlich hat der Stadtrat Ende Oktober entsprechende Anpassungen verabschiedet. Sagt im Februar 2025 auch die Stimmbevölkerung Ja, können sich Parlamentsmitglieder künftig für die Dauer von mindestens drei und höchstens sechs Monaten von Personen vertreten lassen, die bei der letzten Wahl angetreten, aber nicht gewählt worden sind. Einen Grund wie beispielsweise Mutterschaft, Krankheit oder Weiterbildung brauchen sie nicht anzugeben, weil es nach Ansicht des Stadtrats andernfalls zu heiklen Eingriffen in die Privatsphäre kommen könnte.

«Eine solche Stellvertreterregelung wäre für mich in der vergangenen Legislatur mega wichtig gewesen», sagt Abdullahi. Während ihres Auslandssemesters in Kopenhagen habe sie 2023 etliche Sitzungen verpasst, was ihr – auch wenn es in ihrer Fraktion keinerlei Vorwürfe gegeben habe – ein extrem schlechtes Gewissen bereitet habe. Falls die Stellvertreterregelung definitiv eingeführt werde, könne sie sich sehr gut vorstellen, in vier Jahren erneut für den Stadtrat zu kandidieren.

«In deinem Alter hätte ich mir das nicht zugetraut»

Valentina Achermann hingegen wird sich 2028 kaum erneut für den Stadtrat aufstellen lassen. Allerdings nicht, weil sie sich aus der Politik zurückziehe – sie denkt nicht daran! Vielmehr dürfte sie bis dahin bereits ins Kantonsparlament aufgestiegen sein, nachdem sie vor zweieinhalb Jahren bei diesen Wahlen den ersten Ersatzplatz erreichte.

Wie Gemeinderatskandidatin Pärli hat Achermann rasant Karriere gemacht: Erst 2017 der SP beigetreten, wurde sie schon wenige Monate nach dem Einzug in den Stadtrat für einen Sitz im Ratsbüro nominiert. Das ebnete den Weg dafür, dass der Rat sie 2024 zur Stadtratspräsidentin und somit zur höchsten Stadtbernerin wählte. Ausschlaggebend dafür seien wohl zwei Punkte gewesen, sagt sie rückblickend: Erstens habe die Partei eine junge Frau aufstellen wollen, um die Parlamentsmehrheit auch im Präsidium abzubilden; zweitens sei nicht erst seit der interfraktionellen Motion bekannt gewesen, dass sie es auch mit Politikerinnen anderer Parteien gut könne. Andersdenkenden respektvoll zuzuhören, habe sie als linke Jugendliche im konservativen Kanton Nidwalden früh gelernt und danach immer wieder unter Beweis gestellt. Das attestiert ihr auch der ehemalige SVP-Fraktionschef Alexander Feuz: «Sie ist sehr kollegial und hilft älteren Ratskollegen auch mal bei der Nutzung von Whatsapp und sozialen Medien.»



Florence Pärli: «In einigen Jahrzehnten wird das Geschlecht hoffentlich nicht mehr eine derart tragende Rolle spielen.»

So sehr sich Achermann 2021 über die Aussicht freute, mal höchste Bernerin zu werden: Es fielen im Zusammenhang mit diesem Amt auch Aussagen, die ihr zu denken gaben. «In deinem Alter hätte ich mir das nicht zugetraut», habe ihr jemand gesagt, und ein anderer erstaunt gefragt: «Hatte denn sonst niemand Lust auf diese Aufgabe?» Unterschwellig, so ihr damaliges Fazit, sei die Gesellschaft vielleicht doch noch nicht wirklich bereit, jungen Frauen allzu viel politische Verantwortung einzuräumen. Als Stadtratspräsidentin seien ihr Geschlecht und ihr Alter dann aber kaum je Thema gewesen, sagt Achermann vor zwei Wochen beim letzten Treffen mit der Republik. «Ich hatte nie den Eindruck, deshalb weniger ernst genommen zu werden.»

Besonders freut sie sich, dass es während ihres Präsidialjahres im Ratsbetrieb keine negativen Zwischenfälle gegeben habe. Zwar könnte das auch damit zusammenhängen, dass SVP-Rüpel Erich Hess unmittelbar davor seinen Rücktritt erklärt hatte, um sich auf sein Nationalratsmandat zu konzentrieren. Doch Achermann führte zu Jahresbeginn auch Gespräche mit mehreren Ratsmitgliedern, die es am Rednerpult früher ab und zu an Anstand hatten vermissen lassen. Und auf ihren Vorschlag hin erliess die Konferenz der Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten Leitlinien für einen respektvollen Umgang im Ratssaal.

Sind Frauen fähiger für das politische System Schweiz?

Eine gross angelegte internationale Vergleichsstudie ergab kürzlich, dass Parlamente und Regierungen die politischen Präferenzen von Frauen deutlich schlechter berücksichtigen als jene der Männer – und das in sämtlichen 43 untersuchten Ländern während eines Untersuchungszeitraums von 40 Jahren und unabhängig von den fast 5000 analysierten Sachfragen. «Bei Meinungsverschiedenheiten ist es wahrscheinlicher, dass sich die Politik an den Präferenzen der Männer ausrichtet», bilanzierten die Forscher.

War es in dieser Legislatur in der Stadt Bern anders? Hat die weibliche Mehrheit die Interessen ihrer Mitbürgerinnen in den Mittelpunkt gerückt?

Valide feststellen lässt sich das durch die vierjährige Begleitung dreier Stadträtinnen nicht, auch wenn es einige Anzeichen dafür gibt – sei es die überparteiliche Motion gegen sexuelle Gewalt im öffentlichen Raum oder die Bemühungen, die Vereinbarkeit des Amtes mit Beruf und Privatleben zu verbessern.

Erschwerend kommt bei der Analyse hinzu, dass nicht trennscharf zu unterscheiden ist, ob progressive Entscheide auf die Frauenmehrheit oder die Dominanz linker Parteien zurückzuführen sind – oder ob beides zusammenhängt. Eine Handvoll langjähriger bürgerlicher Stadtpolitiker, mit denen die Republik für diesen Beitrag gesprochen hat, ist sich auf alle Fälle einig: Der eh schon linke Rat sei durch die Frauenwahl 2020 noch einmal markant nach links gerutscht.

Aus wissenschaftlicher Sicht überrascht das nicht, denn Frauen ticken generell linker als Männer (wobei die Kluft in der Generation der 18- bis 29-Jährigen zuletzt sogar tiefer geworden ist, etwa in Deutschland, Grossbritannien und den USA). Wenn mehr Politikerinnen in ein Parlament gewählt werden, könne dies Parteien veranlassen, ihren Fokus vermehrt auf linke Programme zu legen, da entsprechende Forderungen häufiger in Fraktionssitzungen zu hören seien, sind Forscher überzeugt.

Der Schweizer Politologe Lukas Golder stellte sich anlässlich des 50-Jahr-Jubiläums des Frauenstimmrechts auf den Standpunkt, Frauen

seien «im Schnitt fähiger für das politische System der Schweiz, weil sie eine konkordantere Kultur leben». Sie gingen ergebnisoffener aufeinander zu und redeten miteinander, ohne sich selbst in den Vordergrund zu stellen.

Hat er recht?

Nach etlichen Gesprächen und Beobachtungen während der vergangenen vier Jahre sowie der Konsultation einschlägiger Forschungsergebnisse bleibt der Verdacht: Ja, da könnte etwas dran sein.

Doch überlassen wir das Wort am Ende den drei begleiteten Stadträtinnen.

«Ich gehe davon aus, dass die meisten Merkmale, die man Frauen zuschreibt, anerzogen wurden», sagt Florence Pärli. «In einigen Jahrzehnten wird das Geschlecht hoffentlich nicht mehr eine derart tragende Rolle spielen, und dann werden sich die Charaktere von Politikern und Politikerinnen angleichen. Es wird viel mehr streitlustige Frauen geben als heute. Aber auch viel mehr konkordanzorientierte Männer.»

«Wir haben in den letzten vier Jahren parteiübergreifend gut zusammengearbeitet», sagt Yasmin Abdullahi. «Zwar weiss ich nicht, ob das so war, weil der Stadtrat aus vielen Frauen bestand, aus vielen jungen Leuten oder schlicht aus Menschen, die alle auf ihre Art das Beste für die Stadt Bern wollten. Doch ich bin glücklich und stolz, dass ich Teil davon sein durfte.»

«Dieser Stadtrat hat bewiesen, dass junge Frauen genauso gut Politik machen können wie ältere Männer», sagt Valentina Achermann. «Dieses Erkenntnis stärkt die Demokratie, weil sie Vorbilder schafft und die Hürden für nachkommende Generationen senkt. So oder so aber muss man sich an das Bild junger Frauen in Parlamenten gewöhnen: Denn wir werden nie, nie mehr weggehen!»

